



Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Ausschuss Soziales und Senioren	17.03.2011	
Integrationsrat	02.05.2011	

Anlass:

Mitteilung der Verwaltung

Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung

Stellungnahme zu einem Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

Neu- und Umbauprogramm für städtische Sozialhäuser und Entwicklung des Zuzugs von Flüchtlingen nach Köln TOP 5.4 der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 02.12.2010

RM Frau Schmerbach bat darum, über die baulichen Maßnahmen und auch über die Entwicklung zum Zuzug von Flüchtlingen nach Köln regelmäßig im Ausschuss zu berichten.

Inzwischen hat der Rat der Stadt Köln die Verwaltung mit Beschluß vom 01.03.2011 beauftragt, das Konzept zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen unter Berücksichtigung der baulichen Voraussetzungen weiter zu entwickeln und den entsprechenden Gremien bis zur Sommerpause 2011 vorzulegen.

Hierzu werden folgende Schwerpunkte gesetzt:

1. Nach Erledigung der sanitären Sofortmaßnahmen in den am schlimmsten betroffenen Heimen müssen alle Standorte unter dem Gesichtspunkt einer sinnvollen und vertretbaren Sanierung unter Berücksichtigung von Mindeststandards überprüft werden. Weitere Reparaturen sind vorzunehmen.
Bei Reinigung, Pflege und Instandhaltung muss neben einem zuverlässigen professionellen Einsatz verstärkt auf freiwillige Bewohnerselbsthilfe gesetzt werden. Die Entwicklung eines „Bonus-Modells“ wird begrüßt.
2. Das Auszugsmanagement wird in Bezug auf Wohnungssuche und Betreuungs- und Begleitungskonzept intensiviert, damit möglichst viele Familien in normale Woh-

nungen wechseln können. An dem vom Rat beschlossenen dreistufigen Unterbringungskonzept für Flüchtlinge wird ausdrücklich festgehalten.

In diesem Zusammenhang wird ausdrücklich begrüßt, dass der Runde Tisch für Flüchtlingsfragen derzeit Bausteine für ein solches Auszugsmanagement entwickelt.

3. Als Ersatz für abzureißende marode Heime muss Wohnraum angemietet werden und nötigenfalls neuer Wohnraum, z.B. als Sozialer Wohnungsbau oder kostengünstige Systembauten mit hohem Qualitätsstandard, möglichst auf städtischen Flächen errichtet werden.
4. Das Umbauprogramm der städtischen Sozialhäuser, die abgerissen und durch öffentlich geförderten ansprechenden Mietwohnungsbau ersetzt werden, muss mit der geplanten Intensität umgesetzt werden.

Dazu ergeht seitens der Verwaltung folgender Sachstandsbericht:

Im Rahmen des Neu- und Umbauprogramms sollten in diesem Jahr an der Stelle von fünf ehemaligen Obdachloseneinrichtungen fünf Neubauvorhaben mit insgesamt 125 Wohneinheiten im öffentlich geförderten Wohnungsbau neu errichtet werden. Hiervon werden 2011 die Neubauobjekte Wikingerweg 10/12, Buchholtzstr. 14 und Buchholtzstr. 20 mit 54 Wohneinheiten und im Frühjahr 2012 die Neubauobjekte Kulmbacher Str. 1 u. 3 und Bonner Str. 413 mit 71 Wohneinheiten bezugsfertig zur Belegung durch den Wohnungsversorgungsbetrieb fertig gestellt.

Für fünf weitere Bauvorhaben mit 124 Wohneinheiten sind die Planungen in vollem Gange. Es wird das Ziel verfolgt, die Abbruchmaßnahmen in diesem Jahr umzusetzen und mit den Neubaumaßnahmen ebenfalls noch in diesem Jahr zu beginnen.

Wie bereits mitgeteilt, hat die Bezirksregierung Arnsberg im Oktober 2010 darauf hingewiesen, dass die landesweite Entwicklung der Zugangszahlen von Asylsuchenden einen konstanten Anstieg verzeichnet. Die Anzahl der in Köln unerlaubt Eingereisten ist im Jahr 2010 entsprechend angestiegen und hatte sich mit Stand 31.12.2010 mit 934 Personen gegenüber dem Vorjahr nahezu verdoppelt.

Obwohl der Wohnungsversorgungsbetrieb im Monat Januar 2011 insgesamt 108 Personen neu aufgenommen hat, weist die von der für die Verteilung von Flüchtlingen zuständigen Bezirksregierung Arnsberg ermittelte Aufnahmequote per 31.01.2011 für Köln erneut eine Unterschreitung von insgesamt 74 Personen aus. Am 31.01.2011 betrug die Anzahl der in den Wohnheimen untergebrachten Flüchtlinge 1650 Personen.

Trotz umfangreicher Aktivitäten hat die Verwaltung bisher keine Kapazitätserweiterung erreichen können. Weder im städtischen Bestand noch auf dem Immobilienmarkt konnten, trotz mehrmaligen gezielten Anschreiben von insgesamt über 360 Maklern, entsprechende geeignete Ressourcen akquiriert werden.

Weiterhin wurden inzwischen die Kölner Verkehrsbetriebe AG, die Häfen- und Güterverkehr Köln AG und die Stadtwerke Köln GmbH mit Unterzeichnung des Herrn Oberbürgermeisters mit der Bitte um Unterstützung und Prüfung des eigenen Bestands nach geeigneten leer stehenden Objekten bzw. Grundstücken angeschrieben.

Parallel dazu erfolgten Anzeigenschaltungen in den Printmedien mit der Zielsetzung, An-

gebote für Objekte mit 50 – 80 Plätzen an einem Standort mit geeigneter Infrastruktur zu akquirieren.

Inzwischen hat sich das strukturelle Defizit an Unterbringungskapazitäten auf rd. 450 Plätze im Flüchtlingsbereich erhöht.

Wegen der verschärften Unterbringungssituation zur Sicherstellung der gesetzlichen Unterbringungsverpflichtung auch nachts und am Wochenende war die Verwaltung von daher gezwungen, weitere Ressourcen in Form von Hotelzimmern (rd. 50 Plätze) zu akquirieren.

Die Aufstellung von Wohncontainern zur vorübergehenden Unterbringung (max. 4 Tage) von unerlaubt Eingereisten auf dem Gelände des Wohnheims in der Vorgebirgstraße steht im Laufe des Monats März bevor.

Seit dem Ratsbeschluss vom 20.07.2004 konnten zwar bereits ca. 3.000 Flüchtlinge in reguläre Wohnungen vermittelt und versorgt werden, allerdings mit der Konsequenz, dass in den Wohnheimen mittlerweile häufiger auch Flüchtlinge leben, die Schwierigkeiten haben, auf dem Wohnungsmarkt adäquaten Wohnraum zu finden oder nicht in der Lage sind, den Verpflichtungen eines Mietvertrages nachzukommen und diejenigen, denen die Erlaubnis zum Bezug regulären Wohnraums u.a. durch die Ausländerbehörde nicht erlaubt wird (z.B. wg. begangener Straftaten etc.).

Von daher hat der Runde Tisch für Flüchtlingsfragen inzwischen zusätzlich eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertreter/innen der Fraktionen, der Wohlfahrtsverbände und Freien Trägern sowie der Verwaltung beauftragt, ein Konzept zu entwickeln, das die praktische Umsetzung der "Leitlinien zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in Köln", insbesondere den Auszug aus den Wohnheimen und die Versorgung mit regulärem Wohnraum, enger begleitet und zu einer Verbesserung der Situation in den Flüchtlingswohnheimen führt.

In einem ersten Arbeitsschritt ist vorgesehen, ein integratives Grundkonzept zu entwickeln, das Unterstützung für rd. 150 Haushalte bietet, die nach Einschätzung des Wohnungsversorgungsbetriebs regulären Wohnraum beziehen können.

gez. Reker